
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid
Schützenstraße 62
42853 Remscheid

Telefon 0 21 91/951 36 82
Fax 0 21 91/951 37 31
Email fraktion@dielinke-remscheid.de

Internet www.dielinke-remscheid.de

Drucksache **15/5477**

Anfrage
der Fraktion

Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen	06.11.2018	Kenntnisnahme

Öffentlichkeit

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Sill,

die „Freie Wohlfahrtspflege NRW“ gibt jedes Quartal einen „Arbeitslosenreport“ heraus. In der Ausgabe 3/18 befasst sich der Report mit Sanktionen im SGB II bezogen auf NRW für die Jahre 2015 - 2017.

Für Remscheid wurden für 2017 in der Jahressumme **1044** neu festgesetzte Sanktionen genannt, wobei monatlich 174 Leistungsberechtigte betroffen waren (im Jahresdurchschnitt). Sanktionsgründe waren zu über 83 % Melde- bzw. Terminversäumnisse.

Besonders häufig sollen in NRW Leistungsberechtigte unter 25 Jahren sanktioniert worden sein; leider liegen hier jedoch keine Zahlen für Remscheid vor.

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid bittet Sie die folgenden Fragen auf die Tagesordnung der obengenannten Sitzung zu nehmen und schriftlich zu beantworten.

1. Wie hoch war die Anzahl der unter 25-jährigen sanktionierten Leistungsberechtigten im Jahresdurchschnitt?
2. Wie viele der unter 25-jährigen Leistungsberechtigten wurden vollsanktioniert?
3. Wieso war die monatliche Kürzung bei unter 25-jährigen höher als bei über 25-jährigen Leistungsberechtigten (durchschnittl. 20% gegenüber 15%)?
4. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob Sanktionierungen den gewünschten Erfolg bringen, also etwa eine Verhaltensänderung bei den Sanktionierten bewirken?
5. Laut „Arbeitslosenreport“ sind unter den sanktionierten Leistungsempfängern besonders viele Menschen, die der deutschen Sprache und/oder des Lesens nicht oder nicht ausreichend mächtig sind oder unter psychischen Problemen leiden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es Alternativen zu Sanktionen gibt oder geben könnte und – wenn ja - ob bzw. wie diese Alternativen in Remscheid angewandt werden.

Brigitte Neff-Wetzel

Mitglied im Ausschuss
Soziales, Gesundheit und Wohnen

Remscheid, den 23.10.2018

Fritz Beinersdorf

Fraktionsvorsitzender